

25.04.2012: Amin Juaidi, Mitglied der Jugend der Palästinensischen Volkspartei (YPPP) und Mitglied der internationalen Kommission der PPP, sowie ein Vertreter der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas (DFLP) befinden sich auf Einladung der DKP vom 16. April – 1. Mai 2012 auf einer Rundreise durch Deutschland. Die UZ sprach mit Amin von der PPP-Jugend (Jugend der Palästinensischen Kommunistischen Partei) und mit Fuad von der DFLP.

UZ: Was könnt ihr über die aktuelle Lage der palästinensischen Jugend sagen?

Amin: Die palästinensische Jugend hat anhaltend das Problem, sich nach Beendigung der zweiten Intifada und nach der Spaltung innerhalb der PLO und nach dem Angriff auf Gaza neu zu orientieren. Durch diese Ereignisse bedingt ist die YPPP noch nicht genügend in der Lage ihre Prioritäten festzulegen. Die Jugend der PPP und der DFLP arbeiten eng zusammen mit dem Ziel, eine vereinigte palästinensische Jugend zu bilden, die in der Lage ist, Fragen der Staatsgründung Palästinas mit zu gestalten auf der Basis einer zivilen palästinensischen Einheit.

UZ: Worin sieht die Organisation heute ihre vordringlichen Aufgaben und Ziele?

Amin: Das erste Ziel ist: Die linken Organisationen der palästinensischen Jugend müssen sich quantitativ und qualitativ ausweiten. Nicht nur in Palästina, sondern auch außerhalb, besonders unter den palästinensischen Jugendlichen in den Flüchtlingscamps müssen wir den Einfluss erweitern. Damit schaffen wir auch Voraussetzungen um die Verbindungen zu friedliebenden, zu der internationalistischen, zu der kommunistischen Jugend im Ausland zu stärken und weiter zu entwickeln.

UZ: Ist die Jugendorganisation Mitglied des Weltbundes der Demokratischen Jugend?

Amin: Ja.

UZ: Diese Frage geht an euch beide: Mit welchen Aktionen und mit welcher Kampagne verfolgt ihr eure Ziele?

Amin: Wir legen das Hauptgewicht in der jetzigen Situation auf den Aufruf zum Boykott israelischer Produkte in Palästina und dem Boykott gegen jene israelischen Intellektuellen, die durch Geschichtsfälschung und der Etablierung oder Propagierung zionistischen Gedankenguts die Bildung der palästinensischen Jugend beeinflussen. Und wir arbeiten für das Ziel der Gründung einer Koalition linker Jugendorganisationen innerhalb der palästinensischen Gesellschaft, hauptsächlich zunächst an den Universitäten.

UZ: Gibt es aus eurer Sicht Organisationen und Kräfte in Israel, mit denen man zusammenarbeiten kann?

Fuad: Die DFLP arbeitet mit der YPPP und der PPP – der Palästinensischen Kommunistischen Partei, die ihren Namen geändert hat – zusammen. Daneben gibt es palästinensische Gruppierungen wie zum Beispiel „Söhne der Heimat“ und andere politische Parteien und Gruppierungen, mit denen wir kooperieren. Wir koordinieren und organisieren unsere Aktivitäten, vor allem bei Demonstrationen gegen die Politik in Israel selbst, aber auch in den besetzten Gebieten und in der Westbank. Dabei müssen wir berücksichtigen, dass die israelische Linke, die Kommunisten in Israel, unter starkem gesellschaftlichem Druck leiden,

weil sie unser palästinensisches Anliegen unterstützen.

UZ: Was erwarten die Palästinenser um ihren Kampf zu unterstützen?

Fuad: Die deutsche Linke leidet auch mit an der Realität der „Krankheit der palästinensischen Demokratie“, wie ich es nennen möchte. Diese innerpalästinensische Demokratieerkrankung hat die deutsche Linke infiziert. Damit diese Erkrankung behandelt werden kann, muss der Urkeim behandelt und bekämpft werden.

Und dieser Urkeim bei dieser palästinensischen Linken, bei den palästinensischen Demokraten und bei den progressiven Kräften ist: Die politische Position ist nicht klar. Wir müssen eine klare Linie haben, ohne diese können wir keinen dritten linken Pol in der palästinensischen Gesellschaft zwischen Al Fatah und Hamas schaffen, der realistische, ernstzunehmende Alternativen formuliert, mit denen wir uns profilieren können. Erst wenn wir das geschafft haben und breite Teile der Gesellschaft mit uns formieren können, werden wir Respekt aus der arabischen Umgebung und aus der europäischen und der internationalen Umgebung erhalten. Ohne dass wir unsere Sache präzise formulieren, wird es schwierig sein, eine qualitative Unterstützung in neuer Dimension zu erhalten.

Amin: Was wir von den Linken erwarten, von den kommunistischen Kräften, ist den Boykott israelischer Waren zu organisieren. Sie sind ein Produkt des zionistischen Kapitalismus, der uns unterjocht. Auch Erfahrungsaustausch und Austausch auf ganz verschiedenen Ebenen, z. B. in Fragen der Agrarwirtschaft und der Industrie wünschen wir uns, denn wir sind gefordert, Zukunftskonzeptionen für unser Land zu entwickeln. Speziell in Deutschland hoffen wir auf die Fortführung der Kampagne und die Intensivierung des Drucks auf die deutsche Regierung, mit dem Ziel, dass keine U-Boote mehr an Israel verkauft werden.

UZ: Habt ihr das Gedicht von Günter Grass wahrgenommen, mit dem er sich kritisch mit der Rolle Israels in Bezug auf den Iran auseinandersetzt?

Fuad: Meine Meinung dazu ist, dass in dieser jetzigen Phase der Südafrikanisierung des Nahost-Prozesses Israel sehr sensibel und hysterisch agiert. Dies gilt nicht nur für Israel, sondern auch für Israels Freunde in Deutschland. Dabei sind sie engstirnig und kurzatmig geworden, so dass sie eine kritische Vielfalt der Positionen nicht akzeptieren oder tolerieren. Sie greifen sofort zur Antisemitismuskeule. Das wird aber durch die Fülle und durch die Vielfalt dieser neuen Kritik an Israels Kriegsdrohungen gegen den Iran, die wir weltweit erleben, irgendwie langweilig. Sie sollten sich was anderes überlegen, als diesen großen Literaten mundtot machen zu wollen, der Ideale und Wünsche, teilweise geheime Wünsche, teilweise geäußerte Wünsche der deutschen Intellektuellen vertritt und verkörpert.

UZ: Noch eine Nachfrage an Amir. In der deutschen Linken ist die Frage des Boykotts israelischer Waren sehr umstritten. Dabei ist nicht die Frage, ob wir Israels aktuelle Politik bekämpfen wollen, sondern es hat mit der deutschen Geschichte des Faschismus und damit der Ermordung von sechs Millionen Juden zu tun.

Fuad: Was wir von den Genossen, von den internationalen Friedenskräften und auch in Deutschland erwarten, ist ein Aufruf zum Boykott israelischer Produkte, die in den israelischen Siedlungen produziert werden, in Westbank und in Jerusalem. Das ist möglich, zumal die Siedlungen nach dem Völkerrecht Unrecht sind. Und deshalb ist nicht nur die Anwesenheit der

'Wir müssen realistische Alternativen formulieren'

Kategorie: Im Interview

Veröffentlicht: Mittwoch, 25. April 2012 13:22

Siedler völkerrechtswidrig, sondern auch ihre Produkte sind nicht rechtmäßig. Wir wollen die Produkte boykottieren, weil wir auf den Kern dieses Problems aufmerksam machen wollen.

UZ: Jetzt habt ihr die zweite Veranstaltung hinter euch. Für uns als DKP ist das, soweit ich mich erinnern kann, die erste bundesweite Veranstaltungsserie seit zwei Jahrzehnten, die wir zum Thema Palästina machen. Für uns sind die Veranstaltungen sehr interessant. Welchen Eindruck habt ihr? Bringen sie euch etwas?

Amin: Wir haben bei unseren bisherigen Diskussionen in Palästina bestimmte Fragen nicht berührt. Hier werden wir angeregt, zu diesen strittigen Fragen auch bei uns den Diskurs zu führen – die Anregungen des Publikums auf diesen Veranstaltungen sind sehr wichtig. Diese Realität spiegelt unsere Verankerung als Kommunisten international wider. Wir erhalten Anregungen nicht nur in der Frage der Herausbildung eines palästinensischen Staates sondern auch wie wir Tendenzen zur Isolierung unserer Positionen in der ganzen Welt überwinden können. Wir lernen durch diesen Austausch mit unseren Genossen, gleichzeitig können wir ihnen unsere Erfahrungen weitergeben.

UZ: Viel Erfolg für euer Farkha- Festival. Es wird während unserer Veranstaltungen Geld dafür gesammelt. Wir werden wieder Vertreter unserer Partei zu eurem Festival delegieren.

Die Fragen stellte Heinz Stehr (Vorabdruck aus der UZ vom 27.04.2012)